

Inhalt

aktuell

+++ Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung: Arbeiten 4.0 braucht Gleichstellung 4.0

+++ Sexismus am Arbeitsplatz: Schärfere Regelungen notwendig

+++ EU-Gleichstellungsindex 2019: Deutschland muss bei Gleichstellung aufholen

+++ Creative Bureaucracy Festival 2020: Staats-IT steckt in der Krise

story

+++ 30 Jahre Friedliche Revolution: Feministische Herbststürme

mehrwert

+++ Frauenpolitik im digitalen Wandel

+++ Unterhaltung gewinnen: Die Weihnachtsbäckerei – Das Familienmusical

Impressum



dbb
beamtenbund
und tarifunion

bundesfrauen-
vertretung

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Telefon 030. 40 81 - 44 00
Telefax 030. 40 81 - 44 99
frauen@dbb.de
www.frauen.dbb.de
www.facebook.com/dbb-
bundesfrauenvertretung

Editorial

Zukunftsfaktor weibliche Mitbestimmung

Der CSU-Parteitag hat die Ausweitung der Frauenquote abgelehnt: Ein herber Rückschlag für den bayerischen Ministerpräsidenten und eine bittere Erkenntnis für die Frauen, die sich in Bayern politisch engagieren wollen.

In der hitzigen Debatte während der Abstimmung des Quoten-Antrags wurde der Ton der Quotengegner rauer, der der Verteidiger flehentlich. Es sei eine Existenzfrage keine Organisationsfrage, hieß es da. Denn die Tatsachen lägen auf der Hand: Bei den jungen Frauen schneidet die CSU verheerend ab. Die Prognose des Ministerpräsidenten am Ende des Tages war ernüchternd: „Das wirft uns als Partei um Jahre zurück.“

Aber die CSU ist nicht die einzige Partei, die sich – gegen Widerstände – abmüht, jünger, weiblicher und digitaler zu werden. Auch die FDP hat sich auf diesen Weg gemacht. Mit dem Programm „Freiheit durch Emanzipation“ sollen Frauen ermutigt werden, sich innerhalb der Partei zu engagieren. Doch eine verbindliche Quote will man auch hier nicht in Erwägung ziehen. In der SPD versucht man dem Problem mit einer von der Basis legitimierten Doppelspitze zu begegnen, in der Hoffnung, ähnliche (Gleichstellungs-)Erfolge zu erzielen, wie Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke.

Welche Konsequenzen diese Entscheidungen letztlich für die Zukunft der einzelnen Parteien haben werden, wird sich spätestens bei den nächsten Bundestagswahlen zeigen.

Wenn Parteien überleben wollen, müssen sie jünger, kreativer, freundlicher und digitaler sein. Das steht fest. Denn die Gesellschaft hat sich gewandelt. Die Menschen leben zunehmend als vernetzte Individuen. Vor allem Junge und Frauen wenden sich von etablierten Organisationen ab und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu.

Auch für die dbb Gewerkschaften wird dies zunehmend zur Herausforderung. Auch wir müssen uns hier auf den Weg machen und uns über die Zukunft der Mitbestimmung Gedanken machen. Wir müssen uns ehrlich fragen: Wie werden wir von draußen gesehen? Wie können junge Menschen für die gewerkschaftspolitische Arbeit gewonnen werden? Und was brauchen wir, damit sich Frauen, die die Mehrheit der potenziellen Mitglieder bilden, engagiert in Personalvertretungen einbringen? Die paritätische Besetzung von gewerkschaftlichen Gremien, eine mit einer Frau und einem Mann besetzte Doppelspitze und eine stärkere Fokussierung auf gesellschaftlich relevante Zukunftsthemen müssen auch innerhalb des dbb noch stärker und zukunftsorientiert diskutiert werden.

Helene Wildfeuer
Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung



Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung

Arbeiten 4.0 braucht Gleichstellung 4.0

Unter dem Motto „Arbeiten 4.0 braucht Gleichstellung 4.0“ haben die Frauenvertreterinnen der dbb Mitgliedsgewerkschaften in Berlin am 27. und 28. September über nötige Gleichstellungsmaßnahmen beraten. Mit der neuen Abteilungsleiterin Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde die Umsetzung einer behördenübergreifenden Gleichstellungsstrategie für die obersten Bundesbehörden erörtert.

Die obersten Bundesbehörden treten bei der Gleichstellung auf der Stelle. Bis 2025 sollen die Führungspositionen laut Zielvereinbarung im Koalitionsvertrag in den obersten Bundesbehörden paritätisch besetzt sein. Bisher ist die Bundesregierung hier jedoch keinen Schritt vorangekommen. „Wir können weder Gestaltungswillen noch ein stringentes Personalentwicklungskonzept erkennen. Jede Behörde kocht weiterhin ihre eigene Gleichstellungssuppe, die Ergebnisse sind höchst unterschiedlich“, stellte dbb-Chef Ulrich Silberbach zum Auftakt der Tagung heraus. Anlass zur Kritik geben die aktuellen Zahlen des Gleichstellungsindex. Danach verzeichnen einzelne Bundesministerien zwar gute Fortschritte, insgesamt ist der Anteil an weiblichen Führungskräften jedoch rückläufig.

Behördenpraxis muss sich ändern

Aus Sicht des dbb und der dbb bundesfrauenvertretung steckt die Lösung in einer behördenübergreifenden Gleichstellungsstrategie, die die Ressorts in die Verantwortung zwingt und auf konstruktiven Austausch setzt. Die kritische Auseinandersetzung mit der gelebten Behördenpraxis sei unabdingbar, hob Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, hervor. „Wir pochen seit Jahren auf eine behördenübergreifende Bestandsaufnahme der Maßnahmen, die zu Gleichstellungserfolgen führen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat mit dem

Positionen vorzurücken. „So kommen wir auch zu einem tatsächlichen Kulturwandel in den Behörden. Arbeiten 4.0 braucht Gleichstellung 4.0“, erklärte Wildfeuer.

Solidarisch für erfolgreiche Gleichstellung

Daniela Behrens, die im August die Leitung der Abteilung Gleichstellung im BMFSFJ übernommen hat, trat der Forderung nach einer Gleichstellungsstrategie für die Bundesbehörden offen entgegen. Ein entsprechendes Vorhaben sei bereits angestoßen. „Wenn der öffentliche Dienst die Gleichstellung nicht hinbekommt, dann können wir es auch von der Wirtschaft kaum verlangen. Hier sind wir Vorbild“, betonte Behrens. Im Vergleich zur Wirtschaft stünden die obersten Bundesbehörden nicht schlecht da, ein Anteil von 35 Prozent Frauen in Führungspositionen sei aber eben auch nicht wirklich gut. Problembewusst zeigte sich Behrens auch hinsichtlich einer gendgerechten Leistungsbewertung. Insbesondere Teilzeitkräfte würden schlechter bewertet. „Wenn die Beschäftigten mit dem Bewertungssystem nicht zufrieden sind, dann müssen wir gemeinsam daran arbeiten. Wir brauchen Lösungen, die gerichtsfest sind“, so Behrens. Sie setze hierbei auf eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern im Sinne einer solidarischen Wertegemeinschaft. „Die Gleichstellung ist unter Druck, wir haben rechtspopulistische Debatten, wir haben Anträge auf die Abschaffung von Gleichstellungsbeauftragten, wir haben ein europäisches Umfeld mit Ländern, die Gleichstellung runterfahren. Hier sind wir als Ministerium und hier ist auch die dbb bundesfrauenvertretung sehr gefordert“, appellierte Behrens.



Solidarisch für erfolgreiche Gleichstellung: Daniela Behrens (BMFSFJ), Ulrich Silberbach (dbb Bundesvorsitzender) und Helene Wildfeuer (Vorsitzende dbb bundesfrauenvertretung).



Sich heute für morgen engagieren

All diese drängenden Fragen standen im Zentrum der sich anschließenden Zukunftswerkstatt zur Vorbereitung des dbb bundesfrauenkongresses am 24. und 25. April 2020. Die dbb Frauenvertreterinnen erarbeiteten gemeinsame Positionen zur Gestaltung der

öffentlichen Verwaltung von morgen und diskutierten Konzepte für einen gendgerechten öffentlichen Dienst der Zukunft. Es entflammte eine konstruktive Debatte darüber, wie auch innerhalb der dbb Mitgliedsgewerkschaften und in der Dachorganisation mehr Frauen in Führungsfunktionen gebracht werden können. Insbeson-

dere die Strukturen innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeit müssten auf den Prüfstand, so der Tenor. „Nur mit mehr Frauen in der Leitung hat die Organisation auch langfristig Bestand und wird als Vertretung der Wahl für alle gesellschaftlichen Gruppen und Geschlechter wahrgenommen“, stellte Silberbach heraus.

Sexismus am Arbeitsplatz

Schärfere Regelungen notwendig

Zwei von drei Frauen in Deutschland haben schon einmal sexuelle Belästigung im beruflichen Umfeld erlebt. Das zeigt eine aktuelle europäische Umfrage. Die dbb bundesfrauenvertretung und der Gleichstellungs- und Frauenausschuss der CESI (FEMM) fordern schärfere gesetzliche Regelungen, um Sexismus am Arbeitsplatz wirkungsvoll zu begegnen.

„Sexistisches Verhalten, das zu körperlichen und seelischen Verletzungen führt, darf nicht länger geduldet werden. Die Lage ist ernst. Wir brauchen wirksame gesetzliche Mittel, die zum Handeln gegen sexistisches Verhalten zwingen. Die von uns geforderte Reform des Antidiskriminierungsgesetzes und die Zulassung von Verbandsklagen ist hier ein entscheidender Faktor, um Opfern von sexistischem Verhalten und geschlechterbedingter Diskriminierung besser den Rücken zu stärken“, machte Helene Wildfeuer am 16. Oktober 2019 deutlich.

Auch im öffentlichen Dienst müssten Arbeitgebende und Dienstherren proaktiv auf ein gewaltfreies und wertschätzendes Arbeitsklima hinwirken. Denn auch hier seien sexuelle Übergriffe und Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts keine Seltenheit. „Arbeitgebende müssen ihre Haltung verändern. Sexistisches Verhalten hat im Dienstalltag keinen Platz. Wir brauchen vor Ort in den Dienststellen

gezielte Maßnahmen, die eine diskriminierungs- und sexismusfreie Behördenkultur fördern. Neben niedrigschwelligen Hilfsangeboten müssen vor allem Führungskräfte darin geschult werden, sexistisches Verhalten zu erkennen, zu unterbinden und die Betroffenen zu unterstützen“, betonte Wildfeuer.

Unterstützung erhält sie vom Gleichstellungs- und Frauenausschuss der CESI, der bereits vor der Europawahl im Mai eine vollständige Umsetzung der EU-Gleichstellungsrichtlinie angemahnt hatte. „Sexistisches Verhalten am Arbeitsplatz steht nicht im Einklang mit geltender EU-Gesetzgebung. In allen Mitgliedstaaten müssen diese Vorschriften vollständig umgesetzt werden, alles andere ist eine Verletzung der EU-Verträge. Es ist ein Armutszeugnis, dass ausgerechnet in Deutschland die Rechtsdurchsetzung bei sexueller Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz nicht greift“, so die Ausschussvorsitzende und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann.



© Dmitri Maruta / Colourbox.de

Hintergrund:

Im europäischen Vergleich sind es die deutschen Frauen, die am häufigsten Belästigungen bei der Arbeit erleben. Das ergab eine aktuelle Umfrage der Brüsseler Stiftung Foundation for European Progressive Studies (FEPS) und ihrer französischen Partnerorganisation Fondation Jean-Jaurès. Diese hatten 5000 Frauen, je rund 1000 in Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland, zu ihren Erfahrungen mit sexueller Belästigung befragt. Danach haben 68 Prozent aller befragten Frauen in Deutschland schon einmal ernste oder weniger ernste Übergriffe erlebt. Die berichteten Belästigungen reichten von anzüglichen Kommentaren, Pfiffen oder Gesten, über eindeutige E-Mails oder SMS bis hin zu handgreiflichen Übergriffen und Druck von Vorgesetzten zu sexuellen Handlungen. Nur 17 Prozent der deutschen Frauen, die sexuell berührt worden waren und lediglich 13 Prozent, die zu sexuellen Beziehungen gedrängt worden waren, hatten dies bei einem Vorgesetzten angezeigt.



© nito / Colourbox.de

EU-Gleichstellungsindex 2019

Deutschland muss bei Gleichstellung aufholen

Der am Dienstag, den 16. Oktober 2019, veröffentlichte Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) zeigt, dass Deutschland mit 66,9 von 100 Punkten im europäischen Gleichstellungsranking nur Platz 12 belegt. Die dbb bundesfrauenvertretung kritisiert die langsame Entwicklung in Deutschland und hofft auf eine wirkungsvolle nationale Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

„Defizite bei der Gleichstellung hindern uns daran, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale voll auszuschöpfen. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die im letzten Jahr verabschiedete EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben konsequent umzusetzen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 17. Oktober 2019.

Besonderes Augenmerk des diesjährigen Index liegt auf der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und deren Relation zur Geschlechtergleichstellung. „Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz ist das wichtigste familienpolitische Instrument zur Unterstützung von Eltern, die Betreuungsaufgaben mit ihrer Arbeit in Einklang bringen müssen. Hier muss der Zeitraum ausgeweitet werden, den der zweite Anspruchsberechtigte das Elterngeld mindestens beziehen muss“, so Wildfeuer.

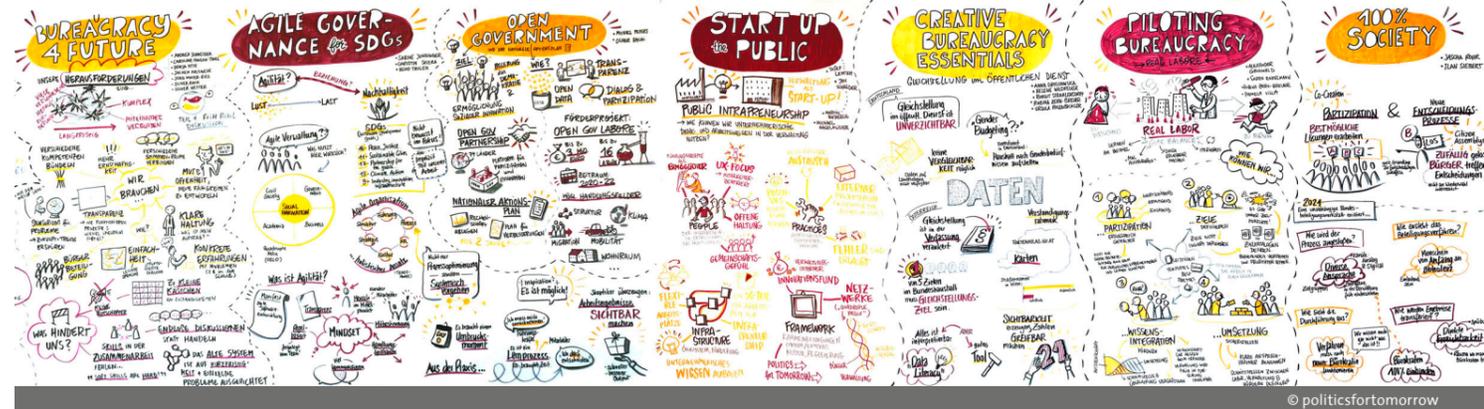
Aber auch bei der staatlichen Unterstützung von pflegenden Angehörigen

müsse unter dem Gesichtspunkt der Gleichstellung deutlich nachgebessert werden. „Die Zahl der älteren Menschen steigt in den kommenden Jahren drastisch und damit auch der Bedarf an Langzeitpflegeleistungen. Bisher sind es vor allem Frauen zwischen 50 und 64, die hier die Lücke in der Pflege schließen – eigenhändig und unbezahlt. Ein Anspruch auf Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren oder vorübergehend unterbrechen, könnte die Situation deutlich entspannen“, stellte Wildfeuer heraus.

Der Index für die Gleichstellung der Geschlechter analysiert sechs Kernbereiche: Arbeit, Einkommen, Bildung, Zeit, Macht und Gesundheit. Am schlechtesten schneidet Deutschland im Bereich Bildung ab. Mit 53,7 Punkten belegt Deutschland im europäischen Vergleich hier nur Platz 24. „Ausgerechnet in Deutschland liegt, im Gegensatz zu fast allen anderen Mitgliedstaaten

ten, die Quote der Hochschulabsolventinnen ganze acht Prozent unter dem Anteil der männlichen Hochschulabsolventen. Diese Entwicklung ist überraschend und besorgniserregend zugleich. Hier muss genauer hingesehen werden, was junge Frauen daran hindert, ein Hochschulstudium abzuschließen“, so Wildfeuer. Aber auch die unterschiedlichen Präferenzen von jungen Männern und Frauen bei der Wahl der Studiengänge stellt laut Index für Deutschland eine Herausforderung dar. „Eine klischeefreie frühkindliche Bildung und ein praxisorientierter Schulunterricht, der Mädchen und Jungen den Zugang zu naturwissenschaftlichen wie sozialen Berufen in gleichem Maße schmackhaft macht, muss noch stärker unterstützt werden“, betonte Wildfeuer.

Spitzenreiter im Gleichstellungsranking innerhalb der EU ist Schweden mit 83,6 Punkten. Auf dem letzten Platz liegen Griechenland und Ungarn mit nur 52 Punkten. Portugal hat mit einem Plus von 3,9 Punkten den größten Sprung nach vorne gemacht. „Der Index zeigt, dass fast die Hälfte aller Mitgliedstaaten unter die 60-Punkte-Marke fallen. Das entspricht in keiner Weise unseren Ansprüchen an Geschlechtergerechtigkeit in der Europäischen Union. Hier muss die EU-Kommission klare Kante zeigen und die Förderung der Gleichstellung zur Chefsache erklären“, forderte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. ■



© politicsfortomorrow

Creative Bureaucracy Festival 2020

Staats-IT steckt in der Krise

Als „nicht hinnehmbar“ hat dbb Chef Ulrich Silberbach den aktuellen Zustand der Staats-IT zum Auftakt des Creative Bureaucracy Festivals in Berlin kritisiert. Eine stringente Umsetzung der Gleichstellung würde gerade in Zeiten des digitalen Umbruchs für die nötige Stabilität sorgen, betonte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.

„Die Digitalisierung von Behörden und Verwaltung muss endlich Chefsache und bundesweit koordiniert werden“, forderte der Bundesvorsitzende das dbb beamtenbund und tarifunion am 20. September 2019. „Ein Blick in die Digitalisierungslandschaft der öffentlichen Verwaltung zeigt, dass uns die Wucht der technologischen Revolution förmlich überrollt hat. Gerade erst hat der Bundesrechnungshof die IT-Konsolidierung in der Bundesverwaltung auf Eis gelegt, um ein weiteres Milliardengrab für die Steuerzahlenden zu verhindern. Alleine das zeigt doch schon, dass die Staats-IT in der Krise steckt“, sagte Silberbach.

In der Vergangenheit hätten viele Verwaltungseinheiten „ihr eigenes Süppchen gekocht, weshalb wir heu-

te einen unüberschaubaren Flickenteppich an Insellösungen haben. An dieser ‚gewachsenen Vielfalt‘ mögen sich einige, vor allem die externen Beratungen, die überall ihre Finger im Spiel haben, erfreuen. Aber für die Beschäftigten und die Bürgerinnen und Bürger ist der Hard- und Software-Wildwuchs eine einzige Zumutung“, ärgerte sich der dbb Bundesvorsitzende. „Gute digitale Infrastruktur ist kein Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung für das Funktionieren des Staates und einer der wichtigsten Standortfaktoren. Deswegen müssen Zuständigkeit und Verantwortlichkeit an einer Stelle gebündelt werden, die mit allen erforderlichen Weisungsrechten ausgestattet ist und bundesweite Standards und Zeitfenster vorgibt.“



© dbb

Wie können genderbasierte Daten und statistische Erhebungen gewinnbringend für eine gleichgestellte Verwaltungsentwicklung genutzt werden? Diese Frage diskutierten Dr. Rubina Zern-Breuer (Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer), Ursula Rosebichler, österreichisches Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport) und Helene Wildfeuer (dbb bundesfrauenvertretung) mit Interessierten aus allen Bereichen der öffentlichen

Verwaltung im Academy Workshops am 21. September 2019. Ein entscheidendes Ergebnis des Workshops: Auf Daten aufgetragene Bearbeitung politischer Fragestellungen und gesellschaftlicher Herausforderung ist hierbei Grundvoraussetzung. Vom Algorithmus verwaltungspolitischer Instrumente bis hin zur politisch verbindlichen Entscheidung – systematische Diskriminierung und Stereotypisierung müssen stets ausgeschlossen werden.

Mehr dazu unter <https://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/silberbach-staats-it-steckt-in-der-krise.html>

Wildfeuer: Gleichstellung macht Verwaltung krisenfest

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, sieht in Perspektivvielfalt und gleichberechtigtem Arbeiten die Schlüssel für Innovationsprozesse im öffentlichen Dienst. „Die Beantwortung der Gleichstellungsfrage ist hierfür zentrales Element. Denn die Erfahrung zeigt: Werden Frauen gleichberechtigt in Entscheidungsprozesse eingebunden, entwickeln sich flexiblere und offenere Betriebskulturen, die besser auf schnelle Veränderungen und Krisen reagieren können. Diese Erkenntnisse müssen gezielt für die öffentliche Verwaltung aufbereitet werden, um die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können“, macht Wildfeuer deutlich.

Das Creative Bureaucracy Festivals (CBF) fand am 20. und 21. September 2019 in der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Initiatoren sind Charles Landry (Autor „The Creative City“) und Sebastian Turner (Herausgeber des „Tagesspiegel“), der dbb unterstützt das Festival als Netzwerkpartner. Die Veranstaltung versammelt InnovatorInnen des öffentlichen Sektors auf allen Ebenen (vom Erzieher bis zur Ministerin, von der Kommune bis zur internationalen Organisation, von Finnland bis Südafrika) und die interessierte Öffentlichkeit. Neben dbb Chef Ulrich Silberbach (zum Thema „Entdämonisierung von Technik“) nahmen auch Friedhelm Schäfer (Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, zum Thema „Sicherheit, Bindung, Alimentation: Rezepte von gestern für das Personalrecruiting von morgen?“), Jürgen Böhm (dbb Vize und Bundesvorsitzender des Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), zum Thema „Finding the future bureaucrat“), Karoline Herrmann (Vorsitzende der dbb jugend, zum Thema „Der öffentliche Sektor braucht mehr Vertrauen: So gelingt's“) sowie Helene Wildfeuer (Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, zum Thema „Vielfalt und Parität im öffentlichen Dienst“) als Vortragende am CBF teil. ■

30 Jahre Friedliche Revolution

Feministische Herbststürme

Die Mauer fiel 1989 nicht über Nacht. Oppositionsgruppen der 1980er bereiteten dem Umbruch den Weg. Bisher weitgehend unbekannt ist die starke Rolle der Frauenbewegung bei der Gestaltung des Aufbruchs vor 30 Jahren. Ihr feministischer Einfluss wirkt bis heute nach.

„Wenn wir nicht losgehen, geht niemand los“, schrieb eine Teilnehmerin rückblickend über den inoffiziellen Kirchentag am 8. Juli 1989 in Leipzig. Mit 500 bis 700 Teilnehmerinnen aus der ganzen DDR bildete dieses Treffen den vorläufigen Höhepunkt der nicht-staatlichen Frauenbewegung. In den 1980ern hatten sich unter dem Dach der evangelischen Kirche zahlreiche Frauen vernetzt. Vor allem in größeren Städten bildeten sich staatsunabhängige Frauengruppen. Neben der Geschlechterproblematik diskutierten sie kritisch die Militarisierung im Bildungs- und Erziehungswesen, Umweltzerstörung, Homosexualität und feministische Theologie.

Doch im SED-Staat herrschte Stillstand. Während im Sommer 1989 für viele die Flucht in den Westen die einzige Alternative war, wollten andere die Lethargie überwinden. Ab dem Spätsommer gründeten sich überall in der DDR neue Bürgerrechtsgruppen: unter maßgeblicher Beteiligung von Frauen. So meldeten Bärbel Bohley und Katja Havemann am 19. September 1989 das Neue Forum (NF) an. Weitere Gruppen wie Demokratie Jetzt oder Demokratischer Aufbruch folgten. Die Gruppen diskutierten über Reformen und Demokratisierung, doch es wiederholte sich ein altes Muster: Geschlechterverhältnisse galten als ‚Nebenwiderspruch‘ und rangierten unter ‚Sonstiges‘.

Die Revolution ist weiblich

„Auch bei uns im Neuen Forum fing es wieder so an, daß die Männer redeten und die Frauen den Kaffee kochten“, berichtete Cornelia Matzke in der Leipziger Volkszeitung.¹ Davon hatten Frauen genug und gründeten zwischen September und Dezember 1989 eigene Gruppen, zum Beispiel Frauen für Veränderung in Erfurt, Frauen im Aufbruch in Karl-Marx-Stadt, die Fraueninitiative in Leipzig (FIL), Lila Offensive und den Unabhängigen Frauenverband (UFV) in Ost-Berlin.

Die Frauen gingen los und verwandelten die Friedliche Revolution in einen feministischen Herbststurm. Sie beteiligten sich an Protestaktionen

und sprachen auf Demonstrationen vor tausenden Teilnehmenden. So ergriffen Cornelia Matzke und Petra Lux von der FIL am 18. November 1989 auf der ersten genehmigten Kundgebung des NF das Mikrofon und erklärten die Frauenfrage zur Machtfrage. Angesichts der massiven Polizeigewalt und drohenden Ver-

Aufruf der Fraueninitiative Leipzig zwischen 1989 und 1991



© Digitales Deutsches Frauenarchiv/ Grauzone, GZ-AHe01

haftungen war die Teilnahme an den Demonstrationen mit erheblichem Risiko verbunden. Die Mehrzahl der feministischen Demonstrantinnen waren Mütter. Häufig übernahm eine Frau aus der Gruppe am Tag der Kundgebung die Aufsicht der Kinder. Für den Fall der Verhaftung hatte sie eine Liste mit Telefonnummern von Verwandten und Bekannten parat.

Mut und Risikobereitschaft bewiesen die Frauen bei der Entmachtung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Die erste Besetzung einer Bezirksverwaltung des MfS erfolgte am 4. Dezember 1989 in Erfurt auf Initiative von Kerstin Schön und Sabine Fabien aus der Gruppe Frauen für Veränderung. „Wir liefen geradeaus an den Soldaten vorbei und ich winkte den Wartenden zu, wusste aber nicht, ob die anderen uns folgen. Aber sie sind uns gefolgt und boten uns Schutz, das war wichtig. Wir alle waren jetzt Besetzer“, schreibt Gabriele Stötzer rückblickend.² Die Besetzung in Erfurt war der Anfang: Noch am selben Tag folgten gleiche Aktionen in Leipzig, Suhl, Schwerin und Rostock – bis zur Besetzung des MfS am 15. Januar 1990 in Ost-Berlin.

Ohne Frauen keine Demokratie

Die Abschaffung der Geheimpolizei war für den Frauenaufbruch im



Der Unabhängige Frauenverband (UFV) konstituierte sich am 3. Dezember 1989 in der Volksbühne am Rosa-Luxembur-Platz in Berlin.

© Digitales Deutsches Frauenarchiv/Gisela Funke/RHG_Fo_GZ_1334

Herbst 1989 nur ein Baustein für eine umfassende Demokratisierung der DDR. „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“³, hielt Ina Merkel im Manifest des UFV fest. Sie forderte tatsächliche Gleichberechtigung auf allen Ebenen. Unter dieser Losung erkämpften Frauengruppen ihren Platz an den männerdominierten Runden Tischen in Ost-Berlin und auf kommunaler Ebene. Ihnen drohte Ausschluss: Sie seien keine Partei, sondern ‚nur‘ Interessenvertretung. „Es geht wiederum um Erhalt der Macht durch Ausgrenzung [...]. Ist das noch Demokratie?“⁴, fragte der UFV-Dresden in einem offenen Brief.

Die Frauen blieben dran. Sie entsandten Vertreterinnen und entwickelten Konzepte für eine lokale wie überregionale Infrastruktur. Sie forderten unter anderem die Einrichtung von Gleichstellungsbeauftragten und Frauenhäusern. Zwischen Januar und Oktober 1990 gründeten Frauen in atemberaubender Geschwindigkeit zahlreiche Vereine, eröffneten Konten für ihre Projekte und möblierten ihre Vereinsräume. Dies geschah mit einer ordentlichen Portion Pragmatismus, wie die Gründung des Vereins Frauentechzentrum Leipzig zeigt. Hierfür stellte das Bundesfrauenministerium eine Förderung in Höhe von 100 000 D-Mark in Aussicht, ▶

aber „bis Dienstag müsst ihr schon das Konto haben“, hieß es aus dem Ministerium.⁵ Mitbegründerin Ruth Stachorra erinnert sich: Ich bin „rumgerannt, hab Unterschriften gesammelt für die Vereinsgründung. Sieben brauchte man. [...] Montag hatten wir die Satzung fertig und [...] ein Konto eingerichtet, auf dem Verein, den es noch gar nicht richtig gab, [...] Dienstag hatten wir das Geld auf dem Konto. Wir waren da nicht so ängstlich.“⁶ Der Aufbau der feministischen Infrastruktur erfolgte in vielen Fällen mit tatkräftiger Unterstützung aus dem Westen. Hierbei spielten die Partnerstädte eine wichtige Rolle. Gleichstellungsbeauftragte, Stiftungen und Frauenprojekte aus Westdeutschland stellten ihre Expertise und vorhandene Sachmittel zur Verfügung.

„Alle Frauen sind mutig, stark, schön“

Von Beginn an war das Parlament – ob kommunal oder Volkskammer – eine wichtige Arena der ostdeutschen Frauenbewegung. Jahrzehntlang bestimmten vor allem ältere Herren aus dem Politbüro darüber, ob Frauen in der DDR nun emanzipiert seien und was sie für ihre Emanzipation benötigten. Die entmündigende Frauenpolitik der SED führte dazu, dass die Frauen nun in Politik und Parlamente drängten. Sie wollten endlich mitbestimmen und mitgestalten. Auf der Kundgebung des NF am 18. November 1989 in Leipzig rief Petra Lux von der FIL den anwesenden Frauen zu: „Frauen, rein! Frauen rein in die Parlamente, rein in die Schaltstellen der Macht, rein in die Politik!“ Eiligst stellten die Frauengruppen Kandidatinnen für Volkskammer-, Kommunal- und Landtagswahlen auf,



Nach einer Grafik von Anke Feuchtenberger gestaltetes Wahlplakat des UFV von 1990-

© Digitales Deutsches Frauenarchiv/FFBIZ - das feministische Archiv e.V./FREI0DDR201 (1029a-c)



Frauenprotest-Aktion vor dem Bonhoeffer-Haus in Berlin gegen den Ausschluss der UFV am ersten runden Tisch

© Robert-Havemann-Gesellschaft_Fo_RDA_05490



© Robert-Havemann-Gesellschaft_Fo_RDA_02257

schrieben Wahlprogramme und klebten Wahlplakate. Die Plakate des UFV verkündeten: „Alle Frauen sind mutig, stark und schön!“ Im Vergleich zu den großen Parteien verfügten die Frauen über bescheidene Mittel. Trotzdem gelang es ihnen, zumindest bei den Kommunal- und Landtagswahlen Mandate zu erringen.

Ostdeutsche Frauen verändern die Republik

Die Aufbruchseuphorie währte kurz. Mit der sich abzeichnenden und von der Mehrheit der feministischen Frauen als ‚Anschluss‘ bezeichneten Wiedervereinigung und Währungsunion mit der Bundesrepublik wuchs die soziale Unsicherheit schlagartig und extrem. Massenarbeitslosigkeit oder Nichtanerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen: Ostdeutsche Frauen mussten auch den privaten Umbruch bewältigen.

Ihr radikaler Einsatz für eine geschlechtergerechte wie demokratische Gesellschaft wirkt jedoch fort. Der im Herbst 1989 formulierte Anspruch der Frauen an politische Teilhabe verändert die vereinte – neue – Bundesrepublik bis heute. Die Verankerung der aktiven Abschaffung von Geschlechterungleichheit 1994 im Grundgesetz lässt sich auch als Erfolg feministischer Forderungen von 1989 verstehen. Ostdeutsche sind auf Führungsebenen von Politik und Wirtschaft nach wie vor unterrepräsentiert – aber es haben mehr Frauen als Männer den Weg geschafft. Nicht zuletzt mündete die Forderung nach einer paritätischen Besetzung aller Entscheidungsebenen 30 Jahre später 2019 in die ersten Paritätsgesetze in zwei ostdeutschen Bundesländern. Auch dies steht in di-

rekter Tradition mit der ostdeutschen Frauenbewegung. Die Geschichte des Frauenaufbruchs im Herbst 1989 ist damit ein Beispiel dafür, „wie sich der Mut entwickelte, keine Angst mehr vor professionellen Angstmachern zu haben.“⁷

Autorin

Dr. des. Jessica Bock ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Digitalen Deutschen Frauenarchiv. Sie promovierte zur ostdeutschen Frauenbewegung von 1980 bis 2000 am Beispiel Leipzigs. Das Digitale Deutsche Frauenarchiv des i.d.a.-Dachverbandes erzählt die Geschichte der Frauenbewegung aus DDR und Ostdeutschland anhand von Material aus feministischen Erinnerungseinrichtungen: www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de

1 Marlies Heinz: Frauen stellen in Frage und suchen nach Antworten, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 278 vom 25./26.11.1989, S. 3.

2 Stötzer, Gabriele: Für Angst blieb keine Zeit. Die Entmachtung des MfS durch Frauen in Erfurt, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Stasi, Zugriff am 14.8.2019 unter <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/261039/fuer-angst-blieb-keine-zeit>.

3 Merkel, Ina: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“ – Manifest für eine unabhängige Frauenbewegung, in: Kahlau, Cordula (Hg.): Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR. Dokumentation, München 1990, S. 28–38.

4 Stadtarchiv Dresden, Verein zur Erforschung der Dresdner Frauengeschichte e. V./ Frauenstadtarchiv, Sign. 13.57 Nr. 285, Offener Brief an alle Frauen, Dresden 1990, Bl. 1.

5 Interview mit Ruth Stachorra, Transkript, S. 10.

6 Ebenda.

7 Stötzer: Für Angst blieb keine Zeit.

Frauenpolitik im digitalen Wandel

Wie kann der gendergerechte Wandel der Behörden- und Unternehmenskultur gelingen? Darüber tauschte sich Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 21. Oktober 2019 mit der frauenpolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion, Nicole Bauer, MdB (Mitte) und der Berliner Abgeordneten, Maren Jasper-Winter (FDP) aus. Im Abgleich der Karrierechancen von Frauen in der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst zeigen sich viele Parallelen: Mobile Führungskonzepte wie Top-Sharing und Führen auf Distanz müssen verstärkt als neue Führungspraxis etabliert werden. Das erfordert eine Leistungsbewertung, die sich am Arbeitsergebnis orientiert. Nur dann – so die Erfahrungen aus beiden Arbeitswelten – kann die paritätische Besetzung von



Führungspositionen mit Männern und Frauen langfristig und selbstverständlich gelingen. Was es dafür dringend braucht, sind transparente Beurteilungskriterien ebenso wie transparente Entgeltstrukturen als wichtiger Referenzrahmen für die Beschäftigten und deren Interessenvertretungen. ■

Unterhaltung gewinnen

DIE WEIHNACHTSBÄCKEREI - DAS MUSICAL FÜR DIE GANZE FAMILIE

Kann man Schnee wirklich herbeiwünschen? Gibt es tatsächlich Hunde, die sprechen, singen und auch noch das Publikum dirigieren können? Kann ein Schneemann singen und tanzen? Was ist eine Bim-Bam-Bella-Tinkie-Trixie-Ich-bin-Deine-Freundin-Puppe? Ist der Weihnachtsmann manchmal eigentlich auch eine Weihnachtsfrau? Und wo ist überhaupt das Rezept für die Weihnachtskekse geblieben? Antworten auf all diese Fragen gibt das Musical „Die Weihnachtsbäckerei“, in dem die drei Geschwister Jonas, Paul und Emily gemeinsam

mit ihrem Hund Muffin so einige Abenteuer erleben. Als ihre Eltern wegen eines Schneetreibens nicht nach Hause kommen können, sind die drei auf sich allein gestellt, um die heimische Weihnachtsbäckerei ins Leben zu rufen, da am nächsten Morgen die Großeltern erwartet werden. Natürlich ist der Kühlschrank leer, das Rezept verschwunden und kein Geld im Haus. Daher müssen sich die Geschwister so einiges ausdenken, um an ihr Ziel zu gelangen. Werden sie es schaffen, ihre Eltern mit wunderbaren Keksen zu überraschen? Oder werden sie sich im Wald auf dem Weg zum Weihnachtsmarkt verlaufen? Weshalb ist ihnen unentwegt die Nachbarin Frau Schnitzenbacher auf den Fersen? Und wo ist Muffin schon wieder abgeblieben? „Die Weihnachtsbäckerei“ wurde im Winter 2018 im Schmidts Tivoli zum ersten Mal überhaupt auf der Musi-

calbühne lebendig. Erzählt wird eine turbulente Geschichte zur Vorweihnachtszeit, eingebettet sind 20 der schönsten Winter- und Weihnachtslieder von Rolf Zuckowski – natürlich auch das bekannte Titellied. Die dbb bundesfrauenvertretung nimmt Sie und Ihre Kinder mit auf eine winterliche Reise in DIE WEIHNACHTSBÄCKEREI und verlost drei Familientickets (max. zwei Erwachsene und zwei Kinder) für eine Vorstellung Ihrer Wahl. Schicken Sie eine E-Mail mit Ihren Adressangaben und Ihrem Wunschspielort unter dem Stichwort „Weihnachtsbäckerei“ an frauen@dbb.de. Berücksichtigt werden nur Einsendungen mit Angaben zur dbb Mitgliedsgewerkschaft. Einsendeschluss: 15. November 2019. Alle Infos zur Tour: <https://www.semmel.de/die-weihnachtsbaeckerei-das-musical-die-weihnachtsbaeckerei-musical-mit-liedern-von-rolf-zuckowski.h> ■



© Morris MacMatzen

Impressum:

Herausgeberin:

dbb bundesfrauenvertretung
Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Tel: 030. 40 81 - 44 00, Fax: - 44 99
frauen@dbb.de
www.frauen.dbb.de
www.facebook.com/dbb-bundesfrauenvertretung

Verantwortlich:

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung

Redaktion:

Birgit Strahlendorff

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Einverständnis der Herausgeberin.